

Abrüsten statt Aufrüsten – worum geht es da?

Mein Redebeitrag beschäftigt sich mit einigen der Rüstungsvorhaben. Dabei beschränke ich mich auf zwei Waffensysteme, und zwar auf die beiden, die in letzter Zeit als unverzichtbar dargestellt wurden.

Da ist zuerst die Bewaffnung von Drohnen. Im letzten Monat wurde ein Justizfall bekannt: Menschen aus dem Jemen haben die BRD verklagt, weil wir in Ramstein die unverzichtbare technische Hilfe für US-amerikanische Drohnenmorde im Jemen bereitstellen. Diese Klage war leider bisher erfolglos. Bemerkenswert: in diesem schrecklichen Krieg morden auch „befreundete“, weil US-Drohnen mit. Und Deutschland ist substanziell beteiligt, weil wir der USA diese Schaltstelle für Morde in aller Welt zur Verfügung stellen. Hier möchte ich unbedingt betonen, der bisherige Einsatz von bewaffneten Drohnen entsprach häufig nicht dem Völkerrecht. Und nun sollen auch deutsche Soldaten endlich gegen Völkerrecht verstoßen können, nach Meinung von Frau Kramp-Karrenbauer? Teile der SPD möchten die Sache mit ein paar Bedingungen als akzeptabel darstellen.

Demgegenüber fordert die Friedensbewegung: USA raus aus Ramstein. Stoppt Ramstein! Keine Drohnenbewaffnung der Bundeswehr!

Es ist noch nichts entschieden!

Bitte beteiligen Sie sich an der Kampagne.

Und nun zur zweiten Waffengattung, das sind die F18 Bomber. Sie sind extrem teuer, sollen trotzdem angeschafft werden und haben die Aufgabe Atombomben zu transportieren. Es lagern Atombomben in Deutschland und zwar in Büchel, also nicht allzu weit von hier. Sie lagern dort völkerrechtswidrig, weil sie durch den Atomwaffensperrvertrag verboten wurden. 2010, also vor 10 Jahren, verfügte der Bundestag mehrheitlich, dass die Atombomben aus Büchel und überhaupt von deutschem Boden entfernt werden müssen. Der Bundestag ist als Vertreter des deutschen Volkes unser höchstes Entscheidungsorgan. Was passierte nach diesem Beschluss? Nichts. Die Atombomben blieben in Büchel, es gab keinen Skandal und es ist bis heute kaum bekannt. Damit verstößt die Lagerung dieser Bomben gegen nationales und internationales Recht.

Hier möchte ich eine kleine Exkursion zum Thema Recht machen. Ich weiß nicht, ob Sie mitgezählt haben, wie oft ich erwähnt habe, dass unsere Regierungen sich gegenüber Rechtsfragen uninteressiert gezeigt haben. Es war zugegeben nur zweieinhalbmal. Aber in jedem Fall wäre die Anwendung des Rechts human und unserer Zukunft verpflichtet gewesen. Zur Zeit gerade behauptet ein hessischer Minister, nämlich Herr Al Wazir, er müsste sich an geltendes Recht halten, und deshalb müsste er per Polizei den Bau einer Autobahn, der A49 durchdrücken. Fällt etwas auf? Es handelt sich bei diesem Bau um ein zukunftsfeindliches Projekt, weil einer von unseren wenigen gesunden Wäldern dafür gefällt werden muss. Warum scheint das Recht nur dann maßgeblich, wenn es sich gegen unsere Zukunft wendet?

Nun zurück zu den F18 Bombern und den hier gelagerten Atombomben.

Wir fordern:

Nein zur Anschaffung der F18-Bomber. Deutschland atomwaffenfrei-jetzt!

Vernünftig wäre es, wenn die Bundesregierung dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten würde. Mit diesem Vertrag sollen alle Atomwaffen überall geächtet werden. Es soll keine Atomwaffenstaaten mehr geben, die im Schein des Rechts diese schrecklichste aller Waffen besitzen dürfen.

50 Länder haben ihn bereits ratifiziert, Deutschland nicht.

Auf kommunaler Eben gibt es mehr Vernunft. Schon 107 deutsche Städte und Gemeinden sind dem ICAN Städteappell beigetreten, ebenso wie vier Bundesländer Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hamburg. Mit diesem Appell wird die Bundesregierung aufgefordert dem

Atomwaffenverbotsvertrag endlich beizutreten. Offenbach hat einen ehrenvollen 66. Platz auf der Liste. Am 14. November letzten Jahres stimmte die Stadtverordnetenversammlung dem Beitritt zum ICAN Städteappell zu. Bemerkenswert war, dass nur die AFD dagegen stimmte. Die Kommunalpolitiker fast aller Parteien können also durchaus erkennen, was gut ist für die Menschen.

Nun wird es Zeit, dass auch Bundespolitiker sich der Vernunft öffnen.

Deutschland muss endlich dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.

Rüstung führt zum Krieg, das lehrt uns die Geschichte. Sicherheit ist nur durch Verhandeln, durch Verträge, durch Abrüstung zu erreichen. Hier fordern wir von der Bundesregierung Engagement. Um umfassenden und nachhaltigen Frieden zu schaffen, ist unsere Welt auf Gegenseitigkeit angewiesen.

Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik!

...damit nicht alles baden geht.